

Hochschulen

Kommentare: 32 ↩ Trackback-URL

## Unis kämpfen für Studiengebühren

Campus und Karriere, 21.06.2010, Christopher Onkelbach, Matthias Korfmann



Ist es gerecht, wenn Studenten für das Studium bezahlen müssen?

**Essen. Der Rektor der Ruhr-Uni Bochum (RUB), Elmar Weiler, wirbt dafür, dass die Hochschulen in NRW weiter Studiengebühren einnehmen können. Auch an den anderen Revier-Unis wächst die Furcht vor möglichen Einnahmeausfällen.**

„Wenn wir die Studienbeiträge abschaffen, würden wir vieles kaputt machen, was wir aufgebaut haben“, sagte Ruhr-Uni-Rektor Elmar Weiler gegenüber DerWesten kurz vor den ersten Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und Grünen in Düsseldorf. Die Parteien hatten sich für die Abschaffung der Gebühren stark gemacht. Weiler fürchtet, dass die neue Landesregierung den Ausfall nicht komplett ersetzen würde. Ähnlich sieht dies die Dortmunder TU-Rektorin Ursula Gather. Auch die Uni Duisburg-Essen fordert von Rot-Grün die Kompensierung von Beitragsausfällen. „Wir konnten mit dem Geld die Lehre deutlich verbessern“, so Prorektorin Ingrid Lotz-Ahrens.

**„Wir schaffen sie ab“**

Rot-Grün hat's versprochen: „Studiengebühren sind ungerecht. Wir schaffen sie ab.“ Am heutigen Dienstag beginnen die Koalitionsverhandlungen, für die Unis wird es also ernst.

Elmar Weiler, frisch wiedergewählter Rektor in Bochum, kann sich ein Uni-Leben ohne die jährlich 20 Millionen Euro aus Studienbeiträgen kaum mehr vorstellen: Zum Beispiel werden 1900 Stellen an der größten Revier-Uni durch Gebühren finanziert, von der Hilfskraft bis zum Juniorprofessor. Auch die Nachbarn in Duisburg-Essen mahnen Düsseldorf: Wenn ihr uns diese Einnahmen wegnehmt, müsst ihr sie komplett kompensieren. „Von 23 Millionen Euro, die wir im Jahr aus Studienbeiträgen bekommen, fließen alleine neun Millionen in zusätzliches Personal“, unterstreicht Ingrid Lotz-Ahrens, Prorektorin in Duisburg-Essen.

Wirtschafts-Professoren der Ruhr-Uni hatten in einer Analyse festgestellt: „Studiengebühren sind sozial gerecht und geboten.“ Ihrer Meinung nach benachteilige ein Verzicht auf Gebühren all jene, die zwar nicht selbst studierten, aber dennoch das Studium anderer mit finanzieren müssten. Mit anderen Worten: Handwerker und Krankenschwestern würden zur Kasse gebeten, damit andere gratis studieren können.

GfK

Unterstützt von



**„Familien tun sich schwer, die 1000 Euro aufzutreiben“**

Ingrid Lotz-Ahrens sieht das anders. Sie hält die Gebühren für „bildungspolitisch verfehlt“. Eine Umfrage unter Studierenden aus Duisburg und Essen habe ergeben, dass jeder Zweite nicht aus einer Akademikerfamilie stamme. Jeder vierte Student habe einen Migrationshintergrund. „Wir sehen, wie schwer sich viele Familien tun, die 1000 Euro Gebühren im Jahr aufzutreiben“, sagt die Prorektorin.

Vor wenigen Tagen hatten die NRW-Hochschulrektoren ein neues Modell vorgeschlagen: „nachgelagerte Studiengebühren“. Ursula Gather, Rektorin der TU Dortmund, spricht von einem „Graduiertenbeitrag“. Studierende würden erst nach ihrem Studium zur Kasse gebeten.

Die Beteuerung der Rektorate, Studiengebühren hätten die Lehre erheblich verbessert. spiegelt sich nicht in der Einschätzung der Studenten wider. Im aktuellen „Gebührenkompass“, ermittelt an 48 Unis, gibt's für die Verwendung der Gebühren nur ein mageres „ausreichend“.